

---

# „Linksruck“? Deutschlands Parteien in der Weltwirtschaftskrise

Ansgar Graw

Dreierlei Beobachtungen im Frühjahr 2009: In der CDU wird engagiert über Enteignungen debattiert. Das Stichwort „Verstaatlichung“ schreckt in Parteispitze und Bundestagsfraktion niemanden mehr. Dissonanzen gibt es allenfalls noch zwischen jenen, die ausschließlich „systemische“ Banken verstaatlichen wollen, und anderen, die auch Opel oder mittelständische Unternehmen auf diese Weise glauben retten zu können. Derweil sinken die Umfragewerte und die Demoskopien diagnostizieren einen Ansehenschwund der Kanzlerin Angela Merkel. In marktliberalen wie konservativen Kreisen der Partei wird Kritik an der CDU-Vorsitzenden laut. „Mangelndes Profil“ und „Sozialdemokratisierung“ lauten die zentralen Vorwürfe.

Zweite Szene: In der SPD wird zur gleichen Zeit gestritten, ob in Thüringen oder im Saarland nach den Landtagswahlen im August rot-rote Bündnisse nur unter einem SPD-Ministerpräsidenten statthaft sind – oder bei entsprechenden Mehrheitsverhältnissen auch unter einem Regierungschef der Partei Die Linke. Dass es rot-rote Koalitionen auf Landesebene geben darf, ist in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in deren traditionsreicher Geschichte die Hessin Andrea Ypsilanti immerhin als Fußnote vermerkt werden wird, kaum noch umstritten.

Und drittens: Anfang März 2009 sagte ein Bundesvorstandsmitglied der Partei Die Linke, die gerade in Essen ihr Europa-Programm verabschiedet hatte: „Das ist mit Si-

cherheit das linkeste Wahlprogramm, das wir je hatten.<sup>1</sup> Mit knapper Mehrheit wurde darin die Forderung aufgenommen: „Der Kapitalismus muss überwunden werden.“ Eine derartige Kampfansage fand sich auch in den „Programmatischen Eckpunkten“<sup>2</sup> der Linke-Partei<sup>3</sup>. Aber sie fällt weit zurück hinter das erste PDS-Programm von 1990, in dem für die „soziale Marktwirtschaft“ plädiert wurde – auch wenn eine inhaltlich niemals ernsthaft definierte „sozialistische Marktwirtschaft“ gemeint war.<sup>4</sup>

Deutschland auf dem Weg nach links? Die Volksparteien im Sog von Gregor Gysi und Oskar Lafontaine? Die heraufziehende Weltwirtschaftskrise als Inkubator neuer Argumente für staatliche Intervention, Umverteilung und Beschneidung unternehmerischer Freiheit?

Es gibt gegenläufige Signale. Allensbach-Geschäftsführerin Renate Köcher bestätigte im Februar 2009 zwar leichtere Einbrüche bei der Union, analysierte aber zugleich: „Gerade in diesem wirtschaftlich beklemmenden Umfeld verzeichnen die bürgerlichen Parteien erstmals in dieser Wahlperiode einen deutlichen Vorsprung vor den linken Parteien insgesamt. Die Unterstützung für die Linke, die sich geradezu triumphierend in ihrer Distanz zu einem freiheitlichen Wirtschaftssystem bestätigt sieht, geht seit drei Monaten stetig zurück.“ Dagegen sei „die FDP im Höhenflug, die Partei, die als Anwalt unternehmerischer Freiheit und als Gegner eines ausgreifenden interventionistischen Staates gilt. Knapp 15 Prozent der Wahlberechtigten würden zurzeit mit ihrer Zweitstimme für die FDP votieren.“ Köcher veranschlagte bei der Sonntagsfrage knapp 36 Prozent für die CDU/CSU, rund 25 Prozent für die SPD, jeweils rund 11 Prozent für die Grünen und für die Linke. Und bilanzierte: „Während die Linke in den letzten drei Monaten gut 2 Prozentpunkte verloren hat, verzeichnet die FDP einen Zugewinn von 3 Prozentpunkten.“<sup>5</sup>

Nahezu 51 Prozent für eine schwarz-gelbe Koalition, ab-

nehmende Akzeptanz der Linke-Partei. Das klingt wahrlich nach einem Gegenbeweis. Die Republik nicht auf dem Weg nach links, sondern zu einer bürgerlichen Mehrheit? Welche These stimmt? Es empfiehlt sich, auf Spurensuche bei den einzelnen Parteien zu gehen, um ihre Verortung wenige Monate vor der Bundestagswahl zu überprüfen – beginnend bei den Parteien, die mit der geringsten Stimmenzahl ins Parlament kamen, und aufsteigend bis zu den Partnern in der großen Koalition.

### *Die Grünen*

Eine rot-grüne Mehrheit scheint für die Bundestagswahl 2009 nahezu ausgeschlossen, darum sind Jamaika oder eine Ampel die einzigen halbwegs realistischen Optionen für die Grünen. Doch übermäßige Freundlichkeit gegenüber den Liberalen, die im Dreier-Bündnis mit der Union wie mit der SPD mit von der Partie sein müssten, kann man den Grünen gleichwohl nicht vorwerfen. „Für alle Optionen jenseits von Rot-Grün würde die FDP gebraucht, die in Erfurt so heftig beschimpft wurde wie keine andere Partei“, fragte die „tageszeitung“ (taz) nach dem Erfurter Parteitag im November 2008 den Leiter der Heinrich-Böll-Stiftung, Ralf Fücks. Der stimmte denn auch zu. „Die FDP zum leibhaftigen Gottseibeius zu erklären, ist nicht sehr vorausblickend“, sagte er. Die Debatte, „ob wir uns eher als Teil eines linken Lagers sehen oder als eigenständige Kraft, die in die liberale Mitte ausgreift, wird nicht wirklich ausgetragen.“ Fücks attestierte zudem, „dass die linken Strömungen sehr viel besser organisiert sind. Sie sind angriffslustig und kämpfen für ihre Positionen. Was früher einmal die Realos waren, ist dagegen in einem ziemlich traurigen Zustand.“<sup>6</sup>

In der Tat: Ein Bündnis mit der Union und der FDP wird im Frühjahr 2009 bei den Grünen mehrheitlich abgelehnt.

„Für mich ist Jamaika nicht eine realistische Option“, sagt Parteichefin Claudia Roth im März. Man will nicht Steigbügelhalter für Schwarz-Gelb sein, heißt es dazu wenig selbstbewusst – und setzt stattdessen auf die rot-gelb-grüne Ampel. Warum aber, und diese Frage wird bei den Grünen nicht gestellt, sollte die FDP Steigbügelhalter für Rot-Grün werden und sich dann stets von der (rechnerisch wahrscheinlich ebenso möglichen) Aussicht erpressen lassen, im Laufe der Legislatur gegen die Linke ausgetauscht zu werden? Denn Rot-Rot-Grün ist aus Sicht Roths durchaus eine Option, die allenfalls daran scheitert, dass die SPD derzeit „nicht könne“ und die Linke „nicht wolle“, weil sie nicht regierungsbereit sei. Die Grünen selbst können das nicht nachvollziehen: „Wir sitzen nicht in ideologischen Schützengräben“, sagt Roth.<sup>7</sup> Das mag für den Umgang mit der Linke-Partei gelten, nicht aber für die Sicht auf Schwarz-Gelb und vor allem die Liberalen.

Der Weg der Grünen nach links zeichnete sich nicht unmittelbar nach dem rot-grünen Machtverlust ab. Bei der Bundestagswahl am 18. September 2005 hatten sie 8,1 Prozent erreicht. In den Wochen danach wurde über eine Jamaika-Koalition mit Union und FDP immerhin verhandelt. Ein halbes Jahr später, im März 2006, erweckte CDU-Ministerpräsident Günther Oettinger sogar den Eindruck, in Baden-Württemberg die Grünen der FDP als Koalitionspartner vorziehen zu wollen.<sup>8</sup> Und noch im November 2006 legte der Fraktionsvorsitzende Fritz Kuhn mit anderen grünen Wirtschaftsliberalen wie Christine Scheel und Anja Hajduk ein entschieden freiheitliches Konzept zur „Grünen Marktwirtschaft“ vor. Darin wandten sich die Autoren mit Seitenblick auf SPD-Chef Franz Müntefering gegen „pauschalierte Heuschreckendebatten“ und kritisierten den „Umverteilungsstaat“<sup>9</sup>.

In Hamburg regieren die Grünen seit Frühjahr 2008 in der bundesweit ersten schwarz-grünen Landesregierung

als Koalitionspartner der CDU. Doch die Gemeinsamkeiten mit der Union auf Bundesebene werden geringer in Zeiten, in denen um die richtige Energiepolitik gestritten wird. Gerade in einer mutmaßlich länger anhaltenden Wirtschaftskrise müssen Energiepreise besonders niedrig sein. Obwohl Öl und Gas so günstig wie lange nicht gehandelt werden, dürfte die Union auf die Option längerer Laufzeiten für Kernkraftwerke kaum verzichten. Die Grünen hingegen müssen am Atomausstieg als ihrem letzten originären Markenkern festhalten.<sup>10</sup>

Spätestens im November 2007 auf ihrem Nürnberger Parteitag verabschiedeten sich die Grünen zudem von ihrem Reformer-Anspruch und von der Agenda 2010. „Selbst die als gemäßigt geltende Anhebung der Regelsätze von 347 auf 420 Euro im Rahmen einer individualisiert ausgestalteten sozialen Grundsicherung bedeutet nicht nur eine Finanzierungslücke in zweistelliger Milliardenhöhe, sondern – was gesellschaftspolitisch noch fragwürdiger ist – eine deutliche Verschärfung der Problematik des heute schon zu oft verletzten Lohnabstandsgebots“, beobachtete der Politikwissenschaftler Hubert Kleinert.<sup>11</sup>

Der Erfurter Parteitag ein Jahr später setzte nicht nur in den Augen von Fücks diesen Trend fort. Der Europa-Parteitag vom 23.–25. Januar 2009 in Dortmund verzichtete auf spektakuläre Beschlüsse, so dass die linke Wochenzeitschrift „Freitag“ über das beschlossene Wahlprogramm schrieb: „Das 50-seitige Fleißpapier der Parteiführung ist noch harmloser, als man es selbst dieser Partei zugetraut hätte, die nicht gerade im Ruf der Unbesonnenheit steht.“<sup>12</sup> Doch Forderungen nach gesetzlichen oder tariflichen Mindestlöhnen, „die relevant über der Armutsgrenze liegen“, nach einer Neuregelung der Managervergütung und -haftung und nach Schaffung einer neuen globalen Finanzverfassung gehören inzwischen zum Credo einer Partei, die in der Endphase von Rot-Grün mit der FDP um den Titel zu kon-

kurrieren schien, wer denn nun die „echten Liberalen“ seien. Am Vorabend der Bundestagswahl haben die Grünen daher kaum Chancen auf Regierungsbeteiligung: im Falle einer Mehrheit für die Ampel müsste die Bereitschaft der FDP bezweifelt werden, sich auf eine Konstellation einzulassen, die nach einer Schamfrist von ein oder zwei Jahren und einer gewissen programmatischen Kosmetik der Linken in Rot-Rot-Grün umgewandelt werden könnte. Und die Milieuunterschiede zwischen Grünen und Union sowie Programmdifferenzen zwischen Grünen und Liberalen sind zu gewaltig, als dass Jamaika große Erfolgsaussichten hätte. Kanzlerin Merkel würde eine Fortsetzung der großen Koalition mutmaßlich einer faktischen Vierer-Konstellation vorziehen, in der sie Positionen von CDU, CSU, FDP und Grünen austarieren müsste. Der erkennbare Linksruck der Grünen insbesondere seit 2007 verschiebt Jamaika auf Bundesebene in eine fernere Zukunft.

### *Die Linke*

Als die Partei Die Linke im März 2009 ihr dezidiert linkes Europa-Wahlprogramm verabschiedete, fielen zugleich die bekannten Europa-Abgeordneten Sylvia-Yvonne Kaufmann und André Brie, ehemals PDS-Vize, bei ihren Kampfkandidaturen zur Listenaufstellung durch. Kaufmann, SED-Mitglied seit 1976 und Verfasserin eines Buches, in dem sie den Lissaboner EU-Reformvertrag gegen Fehlunterstellungen verteidigt<sup>13</sup>, und der langjährige Stasi-IM André Brie werden im Spektrum ihrer Partei den Realos zugerechnet und gelten als „zu EU-freundlich“.

Die Partei Die Linke ist entgegen einer gängigen Formulierung keine „SED-Nachfolgepartei“. Denn juristisch setzt die „Nachfolge“ das Verschwinden eines Rechtssubjektes und dessen Ersetzung voraus. Die SED aber ist nicht

verschwunden und hat sich nicht aufgelöst, sondern sie hat sich lediglich mehrfach umbenannt und per Fusion um eine Filiale im Westen ergänzt. Auf einem Sonderparteitag am 8. Dezember 1989 gab sich die SED den neuen Namen SED-PDS und am 4. Februar 1990 die Bezeichnung PDS. Gregor Gysi, letzter SED-Chef, dann sechs Wochen Vorsitzender der SED-PDS und danach bis 1993 Parteichef der PDS, drängte auf diese institutionelle Kontinuität. Im Dezember 1989 geißelte er die Idee einer Auflösung der alten Staatspartei als „Katastrophe“ – denn damit wäre auch noch der legal erworbene Teil des SED-Vermögens weggefallen.<sup>14</sup>

Doch ihr schweres geschichtliches Erbe wusste schon die PDS ausgesprochen kaltschnäuzig umzudeuten. In den Programmen von 1993 wie 2001 hieß es: „Die Ursprünge unserer Partei liegen im Aufbruch des Herbstes 1989 in der DDR, als wir auch aus der SED heraus dazu beitragen wollten, die Gesellschaft in der DDR umfassend zu reformieren.“<sup>15</sup>

In Wirklichkeit war die damalige SED, die SED-PDS und die PDS „am Ende die einzige Organisation, die sich – so gut es eben ging – gegen die Ereignisse stemmte, um die Strukturen, das Vermögen oder den aus der damaligen Rechtfertigungsnot heraus oft bemühten ‚Sozialismus als Ideal‘ zu retten“<sup>16</sup>.

Die Partei Die Linke ist also juristisch zumindest teildidentisch mit der SED. Ist sie es auch politisch? Für den Linksschwenk des Essener Europa-Parteitags sorgten interessanterweise vor allem die Delegierten aus dem Westen. Etliche Linke-Politiker aus dem Osten stehen als Kommunal- oder Landtagsabgeordnete, als Landräte oder hauptamtliche Oberbürgermeister seit Jahren in konkreter politischer Verantwortung. Das macht die Partei Die Linke im Osten nicht schon zu einer demokratischen Partei. Die kollektive Ablehnung etwa des Begriffs „Unrechtstaat“

für die DDR, die auch von vermeintlich pragmatischen Politikern wie Bodo Ramelow, dem Spitzenkandidaten zur Landtagswahl in Thüringen, geteilt wird, zeigt die Distanz der Partei Die Linke zur freiheitlichen Grundordnung.<sup>17</sup>

In den Landesverbänden im Westen dominieren ohnehin linksextremistische und fundamentalistische Utopien, die durch keinerlei Anbindung an Praxis oder Verantwortung beschwert sind. Die Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG), ursprünglich ein Sammelbecken vor allem von Gewerkschaftern und SPD-Mitgliedern, denen Gerhard Schröders Agenda 2010 als Verrat an der sozialstaatlichen Idee erschien, fand rasch Zulauf von orthodoxen Kommunisten und Sektierern. In Hessen gehörte Pit Metz dazu, ein früherer DKPler, der zunächst zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2008 gewählt wurde, nach einer Gleichsetzung des DDR-Schießbefehls mit dem Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan die Position aufgeben musste und später die Partei verließ.<sup>18</sup> In Niedersachsen äußerte 2008 die DKP-Politikerin Christel Wegner, die über die Liste der Linken in den Landtag gekommen war, Verständnis für den Mauerbau<sup>19</sup> und forderte die „Absetzung des Kapitals“ und „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“.<sup>20</sup>

Doch irrlichternde Positionen in einer Partei, der Wissenschaftler einen „smarten Extremismus“ bescheinigen<sup>21</sup>, konnten den Erfolg zunächst nicht stoppen. Die bunte Truppe um den Ex-SED-Mann Gregor Gysi und den Ex-SPD-Mann Oskar Lafontaine steigerte zur Bundestagswahl 2005 ihren Zweitstimmenanteil gegenüber 2002 von 4,0 auf 8,7 Prozent. Die Entstehung der Partei Die Linke hat jene vermeintliche Gewissheit ins Wanken gebracht, wonach die Heirat zweier Armer kein reiches Ehepaar zeitigen kann. Tatsächlich wäre die PDS, die sich vor dem Zusammenschluss mit der WASG in Linkspartei umbenannt hatte, ohne diese Ehe in ihrer Wirkungsmacht wohl weiterhin auf



die neuen Bundesländer beschränkt geblieben.<sup>22</sup> Die WASG hingegen hätte sich im Westen als Partei des Protestes vornehmlich gegen die Hartz-IV-Gesetze selbst mit dem Zugpferd Lafontaine kaum dauerhaft etablieren können.

Eine Regionalpartei und eine Protestpartei, die endgültig im Juni 2007 zur Partei Die Linke fusionierten, summieren sich zu einer deutschlandweit etablierten Kraft. Und mehr noch: Die Positionen der Partei Die Linke färbten nicht nur auf die SPD ab, sondern zogen auch die Union nach links. So wurde für die CDU knapp fünf Jahre nach dem Leipziger Reformparteitag plötzlich die „soziale Gerechtigkeit“ zu einem zentralen Thema. Der Ruf nach einer Begrenzung von Managergehältern und einer Verlängerung des Arbeitslosengeldes I wurde laut. Zur Mitte des Jahres 2008 schien das Koordinatensystem der deutschen Parteienlandschaft insgesamt nach links verschoben zu sein und Die Linke auf absehbare Zeit die Nummer 3 nach CDU und SPD.

Dennoch hat der zunächst nahezu unaufhaltsam erscheinende Aufstieg der Partei Die Linke zuletzt einen Dämpfer erhalten. Im Herbst 2008 verpasste sie den Einzug in den bayerischen Landtag, obwohl die CSU ihre absolute Mehrheit verlor und die SPD zugleich ein historisches Tief einfuhr. Und sprach man angesichts bundesweiter Umfragewerte lange Zeit von der „drittstärksten politischen Kraft“, scheint Die Linke gerade in den Zeiten der heraufziehenden Weltwirtschaftskrise zu stagnieren.

Gleichwohl wäre es verwegen, deshalb einen Abgesang auf die neue Partei anzustimmen. Denn zum einen spielt Die Linke im Osten längst in der Volksparteien-Liga mit – oft nur knapp hinter der CDU und zumeist recht klar vor der SPD (und bei Wahlen deutlicher schwächer dort, wo sie nach der Wende in Regierungsverantwortung stand oder steht, nämlich in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin). Auch ist ein spektakulärer Wahlerfolg im Saarland möglich, wo Spitzenkandidat Lafontaine die Linke-Partei

durchaus zur SPD aufschließen lassen könnte. Schließlich könnte ein starker Anstieg der Arbeitslosigkeit, der wegen der Weltwirtschaftskrise wahrscheinlicher wird, der Linken (und möglicherweise auch rechtsextremen Parteien) weitere Wähler zutreiben.

Im Jahr 2009 wird Die Linke nicht an die Regierungsmacht kommen. Die Absage von SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier an ein rot-rotes Bündnis ist definitiv. Für eine spätere SPD-Chefetage gilt diese Unverträglichkeit indes nicht. Darum werden 2013, vielleicht aber auch schon inmitten der kommenden Legislatur, die Karten neu gemischt. Um auch im Bund an der Macht beteiligt zu werden, wird die Linke gewisse Lockerungsübungen in Richtung Pragmatismus vornehmen müssen. Die Ironie der Geschichte: eine solche vermeintliche Kurskorrektur der Linke-Partei „nach rechts“, die immerhin im Gegensatz zum Trend anderer deutscher Parteien läge, würde Rot-Rot auch im Bund ermöglichen und die Verschiebung des gesellschaftlichen und politischen Koordinatensystems der Bundesrepublik Deutschland nach links massiv beschleunigen und grundsätzlich verankern.

### *Die FDP*

18 Prozent für die FDP – dieses Ergebnis einer Sonntagsfrage, die im Februar 2009 vom Institut Forsa gestellt wurde, weckte Erinnerungen. In Düsseldorf hatte ein FDP-Parteitag im Jahr 2001 ein „Projekt 18“ für den Bundestagswahlkampf des folgenden Jahres beschlossen. Jetzt, in Zeiten von Bankenkrisen und Börsenabstürzen, schien die kühne Zielvorgabe eine Renaissance zu erleben. Zwar waren FDP-Chef Guido Westerwelle und sein Generalsekretär Dirk Niebel im Februar 2009 gar nicht glücklich über dieses Comeback, argwöhnten sie doch, Forsa-Chef Manfred

Güllner habe nach einem von allen Demoskopern zu diesem Zeitpunkt bescheinigten Auftrieb für die FDP als erster jene magische 18 %-Marke in der Öffentlichkeit setzen wollen. Nun würde die FDP an einem Anspruch gemessen, mit dem Westerwelle sie vor der Bundestagswahl 2002 zur „Volkspartei“<sup>23</sup> werden lassen wollte, so die Sorge in der FDP-Spitze. Und jeder demoskopische Stimmenverlust würde als „Schwächeln“ gewertet.<sup>24</sup>

Doch der plötzliche Stimmenzuwachs der FDP, der in manchen Umfragen mit identischen Verlusten der Union einherging, wurde vor allem auf dem Wirtschaftsflügel der CDU als Quittung für mangelndes Profil, die Verstaatlichungs-Debatte und eine unzureichende inhaltliche Abgrenzung vom Koalitionspartner SPD empfunden. So warnte etwa der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Fuchs, Chef des Parlamentskreises Mittelstand in der Fraktion, vor der neuen Stärke der FDP. „Wir müssen unglaublich aufpassen, dass wir nicht unsere Kernklientel verlieren.“<sup>25</sup>

Zu diesem Zeitpunkt hatte die FDP einen kurzen Flirt mit der sozialen Frage im Sinne größerer Skepsis gegenüber wirtschaftlicher Freiheit längst hinter sich. Im Frühjahr 2008, als die mächtige Gerechtigkeitsdebatte über das Land schwappte, schienen auch die Liberalen für einen Augenblick irritiert.

Christian Lindner, FDP-Generalsekretär in Nordrhein-Westfalen, schrieb in einem Papier, die Richtungsauseinandersetzungen in der deutschen Politik ließen sich nicht durch Koalitionsdebatten beseitigen, „sondern nur durch eine Programmdebatte“. Die Anschläge vom 11. September 2001 und die „Highspeed-Globalisierung“ hätten „Auswirkungen, die auch überzeugten Marktwirtschaftlern den Atem rauben können – zum Beispiel die Volatilität der Kapitalmärkte“. Lindner forderte „eine stringente Gesamtphilosophie, die unsere jeweils für sich genommen fundierten Vorschläge für einzelne Reformprojekte in ei-

nem genauso optimistischen wie sympathischen Gesellschaftskonzept verbindet“.<sup>26</sup>

Der frühere FDP-Chef Wolfgang Gerhardt warnte kurz darauf seine Parteifreunde davor, die Debatte über soziale Gerechtigkeit den anderen Parteien zu überlassen. „Wir dürfen in der Gerechtigkeitsdiskussion nicht passiv bleiben“, sagte Gerhardt. Die Liberalen müssten sich dem Problem der sozialen Ausgrenzung und der Nichtteilhabe stellen. Gerhardt, inzwischen Vorsitzender der „Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit“, forderte einen beitragsfreien Kindergarten, Ganztagschulen mit guten pädagogischen Konzepten und Mitarbeiterbeteiligung in den Betrieben. Zur Sozialpolitik zählt Gerhardt auch das Bürgergeldkonzept der FDP. Es sei der Partei jedoch bislang nicht gelungen, die Idee des Bürgergelds „wirklich zu popularisieren. Hier müssen wir uns stärker engagieren.“<sup>27</sup>

Als im Herbst 2008 nach dem Tsunami, der von der Wall Street ausging und Monsterwellen über alle Börsenplätze der Welt spuckte, das globale Halali zur Jagd auf die Marktwirtschaft geblasen wurde, verfielen die Liberalen vorübergehend in eine Schockstarre. Es schien bis auf weiteres keine Sympathiepunkte mehr zu geben für die Herolde des freien Marktes. So wirkten die Liberalen eingeschüchtert, als sie im Chor mit allen anderen Parteien schärfere Haftungsbedingungen für Bankmanager verlangten.<sup>28</sup> Dem Rettungsschirm der Koalition für die Banken stimmte die FDP einigermmaßen passiv und unter Westerwelles Hinweis auf die „patriotische Verantwortung“ zu.

Dann aber klopfen sich die Liberalen den Staub von den Sakkos, ermannen sich wieder und betonen, dass die Krise auch durch ein Versagen der Politik, durch den Eingriff der amerikanischen Politik in den Immobilienmarkt, die Niedrigzins-Ideologie der amerikanischen Notenbank und die Überforderung der staatlichen Finanzaufsicht ausgelöst worden sei.

Heute sind die Liberalen mit sich programmatisch im Reinen: Freiheit für die Wirtschaft, Entlastung der Bürger, ein neues Steuerkonzept<sup>29</sup>, Privatisierung und dann noch ein paar Themen für Bürgerrechtler. Vom Ausnahmezustand, unter dessen Bedingungen deutsche und internationale Politik seit der Pleite von Lehman Brothers im September 2008 gemacht wird, ist in der Rhetorik der Liberalen nichts zu verspüren. „Liberale können dieser Verstaatlichungs- und Verschuldungspolitik nicht zustimmen“, hielt Mitte Januar 2009 Parteivize Rainer Brüderle dem von der großen Koalition beschlossenen Konjunkturpaket II entgegen.<sup>30</sup> „Enteignung ist ein Instrument der sozialistischen Planwirtschaft, nicht aber der sozialen Marktwirtschaft“, warnte Finanzexperte Otto Solms im März 2009, als der Bundestag über das „Rettungsübernahmegesetz“ von Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) für den taumelnden Immobilienfinanzierer Hypo Real Estate debattierte.<sup>31</sup>

Die FDP-Politik der reinen Lehre würde den Praxistest kaum bestehen. Die Klientel aber goutiert den klaren Kurs der FDP. Der Zwang der Union, als regierende Partei in der Ausnahmesituation auch unorthodoxe Mittel zur Krisenbewältigung einzusetzen, und die mangelnde Fähigkeit Merkels, die Vorläufigkeit entsprechender Maßnahmen zu verdeutlichen, lässt die FDP erstarken. 18 Prozent werden die Liberalen im September zwar kaum einfahren. Aber sie können auf deutlich über zehn Prozent kommen.

Eine Ampel käme aber auch für eine starke FDP kaum in Betracht. Westerwelle wie Niebel wissen, dass sie derzeit viel „Leihsympathie“ von traditionellen, marktliberal orientierten Unionswählern haben. Diese Klientel würde sich sofort wieder von der FDP abwenden. Zudem befände sich die FDP in der ungemütlichen Konstellation „einer gegen zwei“, weil sich SPD und Grüne programmatisch wieder recht nahe stehen. Da Wahlkreisnominierungen und Listenabsprachen signalisieren, dass die SPD-Bundestags-

fraktion ab 2009 ein gutes Stück nach links wandern wird, wäre Westerwelle zudem bald erpressbar: Rot und Grün könnten den gelben Mehrheitsbeschaffer im Falle allzu großer Verstocktheit innerhalb der folgenden Jahre und durchaus vor 2013 gegen Dunkelrot austauschen. Das wird auch in der FDP-Führung so gesehen. „Wir würden entsorgt, und man würde uns noch die Schuld am Scheitern der Koalition geben“, heißt es dort.<sup>32</sup>

Darum gibt es für die Liberalen 2009 nur zwei Möglichkeiten: Schwarz-Gelb (im unwahrscheinlichen Fall unter Beteiligung der Grünen) – oder die ehrenvolle Opposition. Das ist auch das, was Westerwelle ständig versichert. Und recht pragmatisch erklärt: „Die SPD und die Grünen werden ja nicht schöner, nur weil die Union hässlicher wird, indem sie nach links marschiert“, sagt der FDP-Chef.<sup>33</sup>

### *Die SPD*

Wer hat den Kurs der SPD in der Ära nach Gerhard Schröder nach links verschoben? Die falsche Antwort würde lauten: Kurt Beck. Die simple Antwort: Oskar Lafontaine. Die richtige Antwort: Jürgen Rüttgers.

Beck übernahm im Frühjahr 2006 eine zutiefst verunsicherte SPD, die sich durch Gerhard Schröders Agenda 2010 ihrer bisherigen programmatischen Sozialstaatlichkeits-Gewissheit beraubt sah. Die Partei Die Linke war der gefährlichste Gegner, aber die Genossen an der Basis nahmen den Neuling kaum als „Feind“ wahr, organisierten sich dort doch viele langjährige Parteifreunde und Gewerkschafter, mit denen man seit Jahren oder Jahrzehnten per du gewesen war. Die Linke als Fleisch vom eigenen Fleische. Demütigender schien da die Situation in Berlin, wo die CDU-Kanzlerin Angela Merkel die große Koalition führte. Dennoch schien Beck, der bis zu diesem Zeitpunkt

zwölf Jahre lang als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz mit der FDP regiert hatte, den Reformkurs Schröders fortsetzen zu wollen. „Leistung muss sich wieder lohnen“, überschrieb er nach rund 100 Tagen im Amt einen Namensbeitrag in der „Welt am Sonntag“.<sup>34</sup> Vom „Stern“ darauf angesprochen, machte der SPD-Vorsitzende seinen Anspruch deutlich, die sogenannte Kaste der Leistungsträger für seine Partei zu gewinnen: Er sehe überhaupt nicht ein, dass „kreative junge Unternehmer quasi automatisch von der CDU, der FDP oder bestimmten Verbänden vereinahmt werden.“<sup>35</sup>

Beck löste eine Debatte um das „Prekariat“ aus und zog sich damit den Zorn von Vizekanzler Franz Müntefering zu, der Beck die „Erfindung“ von „Unterschichten und Klassen“ vorwarf und sich selbst im Übrigen „immer noch für den besten SPD-Vorsitzenden des 21. Jahrhunderts hielt“.<sup>36</sup> Doch Beck, der Genosse aus der Provinz, stand. Er hielt an den Sozialreformen der Regierung Schröder fest, obwohl Die Linke mit ihrer Agitation gegen Hartz IV weiter punktete.

Dann aber passierte es: Ende 2006 schlug ausgerechnet ein CDU-Politiker, nämlich NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers vor, die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I entsprechend der Dauer der Beitragszahlung zu verlängern. Bei einem Thema, das der SPD Austritte und Stimmverluste beschert hatte, versuchte ein Christdemokrat, der sich als „Führer der Arbeiterpartei an Rhein und Ruhr“ sah, die Sozialdemokraten links zu überholen. Das sei eine „Zumutung“, ätzte Beck, und befand, er habe „noch nie eine solche Mogelpackung gesehen wie diesen Vorschlag von Herrn Rüttgers“. Aber es verstörte Beck und die SPD kolossal, dass die bislang des „Neoliberalismus“ gezielte CDU sich daran machte, das Reformwerk Schröders in Teilen zu schleifen.<sup>37</sup>

Ein Zeitsprung: Als im Januar 2008 bei den Landtagswahlen in Hessen die CDU des Roland Koch immerhin

noch knapp vor der SPD landete<sup>38</sup>, erkor sich deren Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti zur Siegerin. Gleichwohl wiederholte Ypsilanti am Wahlabend wie in den Tagen danach ihr Versprechen aus dem Wahlkampf, sie werde nicht mit der Partei Die Linke zusammenarbeiten. Das schien auch Konsens in der Bundes-Spitze – von Beck bis zur Parteilinken Andrea Nahles.

Doch Mitte Februar wechselte Beck den Kurs. Bei einem Hintergrundgespräch mit Journalisten in einem Hamburger Lokal signalisierte er, er gebe der gefühlten Wahlsiegerin Ypsilanti – entsprechend ihrem ihm zuvor unterbreiteten dringenden Wunsch – freie Hand, sich im Wiesbadener Landtag mit Grünen und Linken zur Ministerpräsidentin wählen zu lassen. Beck erzählte das „unter 3“, dem Politiker-Journalisten-Code für eine Information, die keinesfalls veröffentlicht werden darf. Einer der anwesenden Journalisten kam aber auf die Idee, in Wiesbaden bei Ypsilanti anzurufen und sie zu fragen, ob sie mit den Linken paktieren wolle – und was Beck dazu sage. Ypsilanti plauderte ihre Vorstellungen aus und auch, dass ihr Beck etwa eine Woche zuvor grünes Licht dafür gegeben habe. So kam die Geschichte vom bevorstehenden „Wortbruch“ an die Öffentlichkeit.

Also doch! Rot-Rot ist möglich! Die Schlagzeilen der nächsten Tage beschädigten die SPD. Sie blieb wenige Wochen später bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg deutlich unter ihren Erwartungen und machte damit unfreiwillig den Weg frei für die erste schwarz-grüne Landesregierung in Deutschland. Die Schuld gab man natürlich Beck, dessen Image schon vor seiner Hamburger Geschwätzigkeit so angeschlagen war wie die Umfragewerte für die Partei und seine Person. Becks Rückzug als Parteichef und damit geborener Kanzlerkandidat zeichnete sich ab. Außenminister Frank-Walter Steinmeier würde ihn beerben – nicht, weil die Basis seiner so glaubhaften wie strikten Verwah-



rung gegen jede Zusammenarbeit mit der Linke-Partei folgen wollte, sondern weil es längst keine personelle Alternative mehr zu dem Vizekanzler gab.<sup>39</sup>

Doch parallel zu Becks wütendem Abgang und Steinmeiers Inthronisation als Kanzlerkandidat während einer Krisensitzung der SPD-Spitze am Schwielowsee Anfang September 2008 fielen die letzten Vorbehalte gegen rot-rote Bündnisse auf Landesebene. Das müsse im jeweiligen Landesverband autonom entschieden werden, lautet die neue Devise der Partei. Franz Müntefering, der nach einer politischen Auszeit wegen der Pflege seiner sterbenskranken Frau sein Comeback als Parteichef erlebte, gab zudem als Linie aus: Die Linke solle nicht nur als Mehrheitsbeschaffer für eine SPD-geführte Minderheitsregierung fungieren, sondern als Koalitionspartner in die Verantwortung eingebunden werden. Wenn schon Rot-Rot, dann bitte mit Brief und Siegel.

März 2009: im Deutschlandtrend im Auftrag der ARD-„Tagesthemen“ und der Zeitung „Die Welt“ legt die SPD um zwei Punkte auf 27 Prozent zu. Die Union nimmt im gleichen Umfang auf 32 Prozent ab. Der einstige 10-Prozentpunkte-Vorsprung schmilzt. Steinmeier, der SPD-Kanzlerkandidat, überholt in der Frage nach der „Zufriedenheit mit Politikern“ Kanzlerin Merkel und liegt nun auf Platz 1.<sup>40</sup>

Eine Momentaufnahme? Oder mehr? Die politische Entwicklung im Jahr der Bundestagswahl ist wegen der globalen Verwerfung der Finanzsysteme kaum zu prognostizieren. Aber in jedem Fall scheint 2009 ein günstiges Terrain für den Ruf nach stärkeren staatlichen Interventionen. Staatsbeteiligungen oder Bürgschaften für Opel und Schaeffler, die Debatte um die Verstaatlichung von Banken, der breite gesellschaftliche Unmut über Manager in den Konzernen, Globalisierung und „die da oben“ wirken wie gemacht für einen SPD-Wahlkampf. Zudem konnte Die Linke bis zu diesem Zeitpunkt nicht von der Weltwirt-

schaftskrise profitieren. Eröffnet dies der SPD die Chance, ihre wegen der anhaltend schlechten Umfrageergebnisse massiv in Gefahr geratene Rolle als Volkspartei zu stabilisieren? Eine gesellschaftliche Stimmung, die noch leidenschaftlicher als sonst auf Sicherheit und Regulierung setzt, dürfte den Linkstrend der Sozialdemokraten verstärken und die Umfragewerte für sie zumindest moderat nach oben treiben.

Steinmeier verfolgt eine Wahlkampfstrategie, in der er den grundsätzlichen Reformkurs von Rot-Grün fortsetzen will, aber das bei den Genossen verpönte Wort „Agenda 2010“ nicht mehr auszusprechen wagt. Er will den großen Tribun Gerhard Schröder als Wahlkampfhelfer einbauen,<sup>41</sup> darf aber keine allzu große Nähe zu ihm erkennen lassen. Eine schwierige Gemengelage. Für 2009 sind deshalb die Aussichten gering, dass Steinmeier das Kanzleramt übernehmen könnte. Rot-Rot-Grün schließt er für den Bund aus. Seine Wunschkoalition ist die Ampel. Aber die Bereitschaft der FDP, sich auf eine solche *mélange à trois* einzulassen, dürfte, wie gezeigt, ausgesprochen gering sein. So bleibt zunächst nur die Perspektive einer erneuten Zweier-Konstellation mit der Union – und der größeren Wahrscheinlichkeit, dass auch in einer Fortsetzung der großen Koalition Merkel Kanzlerin und Steinmeier Außenminister würde.

### *Die Union*

„Ordnungspolitik beginnt mit Ordnung in der Politik“, sagte der CDU-Haushaltspolitiker Steffen Kampeter bei einer Sitzung des Vorstands der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Das wolle er keinesfalls als Kritik an der Bundeskanzlerin verstanden wissen, versichert er auf Nachfrage, fügt aber hinzu: „Insbesondere aus der Regierung heraus gibt

es immer wieder Signale, die den Eindruck erwecken, als würden wir eine Wirtschaftspolitik machen, mit der alles möglich ist. Und mit der nicht sicher sei, dass das, wofür wir seit Jahrzehnten eintreten, nächste Woche noch gilt. Wir haben eine Entwicklung zum Pragmatismus, und das mag in der Krise richtig sein. Aber Pragmatismus darf nicht zum Prinzip erhoben werden. Sonst entwickelt sich Politik zur Beliebigkeit.“<sup>42</sup>

Die CDU im Spagat. Einerseits verliert sie bei einer Aufgabe bisheriger Prinzipien Stammwähler – bestenfalls an die FDP, schlechtestenfalls an das Lager der Nichtwähler. Andererseits würde ein entschiedener Reformkurs, wie er vom Leipziger Parteitag 2003 beschlossen wurde, in Zeiten der Weltwirtschaftskrise von Mehrheiten im Volk abgelehnt. Die Basis lasse sich keineswegs durch das neuerdings weniger klare Profil der Union irritieren, versichert der CDU-Arbeitsmarktexperte Ralf Brauksiepe. „Der klassische Anlass an unseren Infoständen, der Parteifreunde dazu bringt, lieber im Hintergrund Luftballons aufzublasen, ist doch der Passant, der mit der Frage kommt: Was habt ihr eigentlich gegen Mindestlöhne?“<sup>43</sup>

Das Abrücken der CDU von Leipzig begann nicht erst im Gefolge der amerikanischen Immobilienkrise. Es setzte unmittelbar nach dem enttäuschenden Ergebnis der Bundestagswahl 2005. War im Sommer noch ernsthaft über die Möglichkeit einer absoluten Unionsmehrheit diskutiert worden, schien nahezu bis zum Wahlsonntag immerhin Schwarz-Gelb sicher. Doch am 18. September landete die Union mit 35,2 Prozent nur um einen Punkt vor der SPD (34,2).

Eine ernsthafte Analyse der Gründe für den Einbruch unterblieb in der Partei. Stattdessen setzte sich der Konsens durch, das Profil der Union – und vor allem der CDU – sei zu wirtschaftsfreundlich, zu unsozial, zu kalt gewesen.

Wenn aber der Bürger eine wirtschaftsfreundliche Ausrichtung nicht mag, warum war dann die Union im Jahr 2003 zur Zeit des Leipziger Parteitages in den Umfragen auf einem Höchststand? Entgegen der verbreiteten Lesart muss die Fast-Niederlage vom September 2005 viel stärker der mangelnden inneren Geschlossenheit der Union in der entscheidenden Phase angelastet werden. Dazu massiv beigetragen hat der so integre wie unglücklich agierende Paul Kirchhof, der (nach der Verweigerung Edmund Stoibers) als Finanzexperte in das „Kompetenzteam“ Angela Merkels berufen wurde und im Vorfeld nicht mit der nötigen Autorität dazu verpflichtet worden war, nunmehr das CDU-Steuermodell zu propagieren, nicht aber seine eigene Idee einer „Flat-Tax“. Dieser Widerspruch führte im Wahlkampf zur im Kern durchaus nachvollziehbaren Kritik an Kirchhof aus den eigenen Reihen, namentlich von Ministerpräsident Christian Wulff.<sup>44</sup> Kanzler Gerhard Schröder sah die Chance und polemisierte fortan gegen den „Herrn Professor aus Heidelberg“ und die vermeintlichen Zumutungen seiner Steuerpläne für den Bürger. So drehte Schröder einen scheinbar bereits verlorenen Wahlkampf noch einmal nahezu um.

Nach der Bildung der großen Koalition kam es zu einer Richtungsdebatte in der CDU-Spitze mit absehbarem Ausgang. Hessens Ministerpräsident Roland Koch war auf der Verliererseite, als er die „Freiheit zum programmatischen Kern“ der CDU zu erklären versuchte. Rüttgers hielt dagegen: Zum Parteikern gehöre mindestens ebenso die Gerechtigkeit. Im Wahlkampf sei der liberale Gedanke zu stark betont worden.<sup>45</sup>

Obwohl Angela Merkel ihre erste Regierungserklärung noch unter das Motto „Mehr Freiheit wagen“ stellte, waren die Tage von Leipzig gezählt. Die Kanzlerin ist heute der Meinung, der Leipziger Parteitag habe vor allem die Funktion gehabt, die CDU von der sozialen Beliebigkeit der Kohl-Blüm-CDU zu befreien, dürfe inhaltlich aber

nicht zum Nennwert genommen werden. „Der Unwille der Kanzlerin, ihrer Partei ein klares Profil zu geben, hat dazu geführt, dass nicht mehr so recht klar ist, wofür die CDU, wofür die Union steht“, schreibt dazu „Welt“-Chefredakteur Thomas Schmid. Das beschädige die Partei.<sup>46</sup> Für die „Frankfurter Allgemeine“ analysiert Wulf Schmiese, Merkel vermeide „etwa bei der Frage nach Staatshilfen für Opel oder Schaeffler-Continental festzulegen, wo sie steht und wie weit sie ginge. Doch eben dieses Zögern, Abwarten und Weitertasten wird in der Partei als Konzept- und Führungslosigkeit wahrgenommen“.<sup>47</sup>

Neben der viele Wähler irritierenden Haltung der Union in der Wirtschaftskrise gab es im Frühjahr 2009 weitere Baustellen der Partei-Identität. Merkels Kritik an Papst Benedikt XVI. wegen seines Umgangs mit der Priesterbruderschaft St. Pius X. und der Holocaust-Relativierung durch Richard Williamson hat christliche und katholische Mitglieder und Wähler verletzt.<sup>48</sup> Und im Streit über die Besetzung des Beirats für die im Koalitionsvertrag vereinbarte Vertriebenen-Stiftung stellte sich die Kanzlerin öffentlich erst mit Verspätung an die Seite ihrer Parteifreundin Erika Steinbach, gegen die polnische Politiker wie Premier Donald Tusk und SPD-Granden wie Kanzlerkandidat Steinmeier Front gemacht hatten.

Der christliche wie der konservative Flügel der Union stellen heute keine Schwergewichte der Partei dar. Aber wenn deren Anhänger in größerer Zahl bei der Wahl zu Hause bleiben, könnten notwendige Stimmen für das von Merkel angesteuerte Ziel Schwarz-Gelb fehlen.

Was tun? Die Kanzlerin hat Recht, dass eine Rückkehr zu Leipzig nicht möglich ist. Abgesehen davon, dass sich einzelne Punkte der damaligen Reformprojekte widersprachen<sup>49</sup>, würde nach den Bankenpleiten ein strikt wirtschaftsfreundlicher Kurs in der Öffentlichkeit keine Zustimmung finden.

Und die Kanzlerin hat auch Recht, dass in Zeiten der Wirtschaftskrise die Verstaatlichung von Banken nicht nur legitim, sondern alternativlos sein kann. Der Staat muss den Geldkreislauf garantieren, wenn er aus sich selbst heraus nicht mehr lebensfähig ist. Und der Staat muss auch ein Mindestmaß an Regulierungen einführen, um eine Wiederholung der Fehler der vergangenen Jahre an internationalen Börsen, Bankenplätzen und in der Politik zu vermeiden.

So schickt sich Merkel an, das Richtige zu tun. Aber die Gefahr ist groß, dass sie das Falsche erreicht. Das Richtige – gemessen an situativen Zwängen wie ordnungspolitischen Grundsätzen – ist die prinzipielle Bereitschaft zur Verstaatlichung und gar Zwangseignung systemischer Banken. Das Falsche, zu dem diese Maßnahme führen kann, ist die Gewöhnung der Politik an die *Ultima Ratio*. Merkel weiß das. Aber bislang verwendet sie zu wenig Mühe auf die Erklärung und die Versicherung, dass sie die „letzte Vernunft“ keineswegs zum Standard und damit zur „ersten Unvernunft“ werden lassen möchte.

Aufgabe weniger der Kanzlerin als der CDU-Vorsitzenden wäre es, noch deutlicher zu machen, dass die Vernormalisierung des Unnormalen nicht das rechtsstaatliche Koordinatensystem der Bundesrepublik und die Grundsätze der Partei verschiebt. Und dass Banken systemisch sein können, Konzerne aber kaum. Was bei HRE unverzichtbar ist, darf darum für Opel noch längst nicht in Frage kommen.

In Union wie SPD wurde im Frühjahr 2009 triumphiert, dass die Politik nach Jahren einer tatsächlichen oder lediglich gefühlten Übermacht der Ökonomie „endlich wieder“ als gestaltende Kraft akzeptiert sei. Von Freiheit mag kaum noch jemand reden. Vor allem in der SPD ist die Verlockung groß, das Terrain der Wirtschaft dauerhaft zugunsten der Politik zu beschneiden. Der Wirtschaftsflügel der

Union immerhin (auch der neue CSU-Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg) begreift die Verstaatlichungsdebatte als Anschlag auf den eigenen Wertekanon. Merkel, die CDU-Chefin, muss daher jeden Zweifel daran ausräumen, dass die Zaunpfosten wieder zurückgesetzt und nach der Krise alte Eigentumsverhältnisse umgehend wiederhergestellt werden. Die Kanzlerin begreift den Staat in der gegenwärtigen Krise nicht als Unternehmer, weil sie weiß, dass er dazu nicht taugt, sondern als Retter des Marktes. Aber nicht einmal alle Mitglieder der Parteispitze wissen, dass die Kanzlerin diese Position mit Überzeugung vertritt. Sie betreibt keineswegs eine „sozialdemokratisierte“ Politik, hat sich aber zu passiv gegen die entsprechende Etikettierung gewehrt.

Will die Union vom September an in einer schwarz-gelben Mehrheit reagieren, muss sie Profil zurückgewinnen. Verantwortlich dafür ist keineswegs nur Merkel. Dass die CSU im September 2008 ihre absolute Mehrheit und die Rolle einer „Staatspartei“ in Bayern verlor, lässt sich kaum der Kanzlerin anlasten. Der Einzug der „Freien Wähler“ in den Landtag zeigt, dass die Bindekraft auch der CSU ins bürgerliche Lager reduziert ist.

Angela Merkel müsse „die Uniform der Kanzlerin“ in den Schrank hängen und „die Uniform der Kanzlerkandidatin und Parteivorsitzenden“ anziehen, forderte der baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger im März 2009. Er fügte hinzu, „Mitte August“ sei hierfür der richtige Zeitpunkt.<sup>50</sup>

Es geht bei der Bundestagswahl 2009 um viel – nicht nur um die übliche Frage, ob die CDU oder die SPD künftig den Kanzler stellt, sondern auch um die Zukunft der beiden Volksparteien. Sollte die Union schwächeln und es am Ende nur für eine große Koalition reichen, würden sich in den kommenden vier Jahren die Absetzbewegungen von Union wie SPD verstärken. Die SPD bliebe vor allem seitens

der Partei Die Linke dem Vorwurf ausgesetzt, eine unsoziale und im Kern immer noch „neoliberale“ Politik zu betreiben. Die Union müsste Absetzbewegungen an diversen Flügeln befürchten: Marktwirtschaftler zöge es zur FDP, Konservative möglicherweise nach bayerischem Vorbild zu den „Freien Wählern“, außerdem zu Splitterparteien oder zu den Nichtwählern. Nicht einmal förmliche Abspaltungen von der CDU wären auszuschließen. Was der SPD die Linke ist, könnte auch für die Union entstehen.

Die absehbare Politik weitgehender Tatenlosigkeit einer großen Koalition in der nächsten Legislaturperiode würde diese Entwicklung verstärken. Nach vier Jahren eines erzwungenen Bündnisses sind die Gemeinsamkeiten, die am Anfang durchaus zu einigen wegweisenden Reformen wie der Heraufsetzung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre führten, längst aufgebraucht. Ab 2009 steht nichts mehr auf der gemeinsamen Agenda von Union und SPD, was über das Management der Tagespflichten hinausginge.

Darum wäre eine erneute große Koalition schlimm für beide Volksparteien und verhängnisvoll für das Land. Die einzige denkbare Alternative dazu ist Schwarz-Gelb, und sie wäre ein Segen für Union wie SPD. Eine schwarz-gelbe Mehrheit im September 2009 würde zunächst den drohenden Identitätsverlust der Union beenden. Denn CDU und CSU würden in der Koalition mit den ihnen auf vielen Politikfeldern näher stehenden Liberalen geringere Kompromisse schließen müssen und könnten ihr eigenes Profil wieder deutlich machen.

Für die SPD wäre das beste Ergebnis natürlich eine Rückkehr zu Rot-Grün. Damit ist aber überhaupt nicht zu rechnen. Eine schwarz-gelbe Mehrheit wäre daher – so paradox das klingen mag – die zweitbeste Alternative für die SPD und würde auch ihr die Chance eröffnen, sich nach elf Jahren in der Regierung in der Opposition zu erneuern und der



linkspopulistischen Konkurrenz zu zeigen, wer die wahre Sozialdemokratie in Deutschland verkörpert. Von einer CDU/CSU/FDP-Regierung könnte sich die SPD erkennbar absetzen und als führende Partei in der Opposition ihre alternativen Vorstellungen mit ganz anderer Kompetenz und Deutungsmacht als Grüne und Linke darstellen.

### *Anmerkungen*

<sup>1</sup> *Vitzthum, Thomas*: Die Linke besinnt sich auf kommunistischen Kern, in: *Die Welt* vom 2. März 2009.

<sup>2</sup> Programmatische Eckpunkte – Programmatisches Gründungsdokument der Partei Die Linke. Beschluss der Parteitage WASG und Linkspartei.PDS am 24. und 25. März 2007 in Dortmund; hier insbesondere Kapitel III: Unsere Alternative. Soziale, demokratische und friedensstiftende Reformen zur Überwindung des Kapitalismus.

<sup>3</sup> In diesem Text wird der Begriff Linke-Partei aus sprachlichen Gründen mitunter als Synonym für die Partei Die Linke verwendet. Davon zu unterscheiden ist der Begriff Linkspartei, den sich die PDS auf dem Weg zur Partei Die Linke vorübergehend gab.

<sup>4</sup> Die Pointe dazu erzählt Gysi. Danach wusste die Kommission, mit der er das erste PDS-Programm formulierte, keine geeignete Formulierung für die wirtschaftspolitische Ausrichtung der Partei. „Wir entschieden uns für einen Begriff, den wir inhaltlich überhaupt nicht füllen konnten: ‚sozialistische Marktwirtschaft‘.“ Durch einen Schreibfehler wurde daraus „versehentlich im ersten Parteiprogramm der PDS die Forderung nach einer ‚sozialen Marktwirtschaft‘, also dem Wirtschaftsmodell der BRD, aufgestellt.“ Vgl. *Gysi, Gregor*: Das war’s. Noch lange nicht, Düsseldorf 1995, S. 149.

<sup>5</sup> *Köcher, Renate*: Schwache Vorbehalte gegen Eingriffe, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 25. Februar 2009.

<sup>6</sup> *Fücks, Ralf*: Die Grünen müssen sich selbst reformieren (Interview von Ralph Bollmann), in: *taz* vom 17. November 2008.

<sup>7</sup> *Löwenstein, Stephan*: Grüne Koalitionsaussage: Mal sehen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 7. März 2009.

<sup>8</sup> Das vermeintliche Interesse der Südwest-CDU mit den Grünen war allerdings in Wirklichkeit taktisch motiviert. Es ging darum,

den Partner FDP, mit dem das Bündnis schließlich verlängert wurde, im Preis zu drücken.

<sup>9</sup> *Kamann, Matthias*: Der kurze Marsch nach links, in: Die Welt vom 23. November 2007.

<sup>10</sup> Der aus der westdeutschen Friedensbewegung erwachsene Anspruch der Grünen, in einem pazifistischen Verständnis die eigentliche „Friedenspartei“ zu sein, verlor spätestens 1999 mit der Entscheidung des Außenministers Joschka Fischer, Kanzler Gerhard Schröders Engagement im Kosovo-Krieg zu unterstützen, an Glaubwürdigkeit. Auch als klassische „Ökopartei“ funktionieren die Grünen nur noch bedingt in einer Zeit, in der es quer durch alle Parteien ein „Klimawettretten“ gibt und Kanzlerin Merkel als „Klimadonna“ zumindest vorübergehend eine entsprechende Politik in den Mittelpunkt ihres Agierens stellte; so bleibt nur das Nein zur Atomkraft.

<sup>11</sup> *Kleinert, Hubert*: Grüne rücken nach links, in: Spiegel-online vom 24. November 2007 ([www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,519318,00.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,519318,00.html)).

<sup>12</sup> *Jäger, Michael*: Hände in Unschuld, in: Freitag vom 23. 1. 2009.

<sup>13</sup> *Kaufmann, Sylvia-Yvonne*: Die EU und ihre Verfassung – linke Irrtümer und populäre Missverständnisse, Hamburg 2007. Ein solches Buch ist schon überraschend in einer Partei, deren Bundestagsfraktion in Karlsruhe gegen den Lissabonner Vertrag klagt.

<sup>14</sup> „Die Auflösung der Partei und ihre Neugründung“, so argumentierte Gysi damals „wäre eine Katastrophe. All jene, die sich in den letzten Wochen im ganzen Land so engagiert haben für die Erneuerung ihrer Partei, würden wir enttäuschen, sie wollten doch unsere und nicht irgendeine Partei retten. Mit welchem Recht wollten wir uns alle einer politischen Heimat berauben ...“ Zudem schärfte Gysi den Delegierten ein: „Das Eigentum der Partei wäre ... herrenlos.“ Zit. nach *Falkner, Thomas/Huber, Dietmar*: Aufschwung PDS. Rote Socken – zurück zur Macht, München 1994, S. 118.

<sup>15</sup> Tatsächlich suchte die (neue) SED- und (ab Dezember 1989) SED-PDS-Spitze im Herbst 1989 jede Form von echtem Aufbruch zu verhindern. Das belegen (aus kritischer, aber gleichwohl PDS-freundlicher Warte) *Falkner/Huber*, Aufschwung PDS, S. 109–149.

<sup>16</sup> *Jesse, Eckhard/Lang, Jürgen P.*: Die Linke – der smarte Extremismus einer deutschen Partei, München 2008, S. 35.

<sup>17</sup> *Ramelow, Bodo*: Die DDR war kein Unrechtsstaat, Interview in:

Südtüringer Zeitung vom 26. Februar 2009. Dort sagt Ramelow entgegen der Überschrift, „dass ich die DDR nach meinem Verständnis nicht für einen Rechtsstaat gehalten habe. Aber dass ich den politischen Begriff ‚Unrechtsstaat‘ nicht verwenden würde.“ Vgl. dazu Robin Alexander: Die DDR war kein Rechtsstaat, aber auch kein Unrechtsstaat, in: Die Welt vom 28. Februar 2009.

<sup>18</sup> Vgl. *Knabe, Hubertus*: Millionen von Honecker, in: Frankfurter Allgemeine vom 9. Oktober 2008.

<sup>19</sup> „Der Bau der Mauer war in jedem Fall eine Maßnahme um sozusagen zu verhindern, dass weiterhin Westdeutsche in die DDR konnten. Einmal die Wirtschaft schädigen, indem sie billig eingekauft haben – das war ja so – auch um zu verhindern, dass irgendwelche Kräfte über die Grenze spazieren, die man da nicht haben wollte.“

<sup>20</sup> ARD-Panorama: Niedersächsische Landtagsabgeordnete fordert Wiedereinführung der Stasi, 14. Februar 2008. Die Abgeordnete wurde auf Druck der Bundesspitze aus der Fraktion ausgeschlossen.

<sup>21</sup> *Jesse / Lang*: Smarter Extremismus.

<sup>22</sup> „Entgegen anderslautenden Nachrichten trifft zu: Die Chancen sind eher gering, im Westen aus dem 0,2-Prozent-Tal zu kommen“, glaubte Gysi noch 1995. Vgl. *Gysi*: Das war’s, S. 227.

<sup>23</sup> Westerwelle erwog 2001, die Liberalen zur Volkspartei zu machen. Für den FDP-Politiker hatten eine „orientierungslose Union“ und eine SPD, die zu Lafontaine „zurückkehrt“, die Mitte verlassen. „Da bekommen wir Platz als geborene Partei der Mitte, die sich an das ganze Volk wendet“, sagte Westerwelle im Interview in: Die Welt vom 5. März 2001. Acht Jahre später war in Forsa-Umfragen die FDP teilweise auf vier Prozentpunkte an die SPD (22 Prozent) herangerückt.

<sup>24</sup> In der ersten März-Woche 2009 sah Forsa in der Stern/RTL-Umfrage die FDP „nur noch“ bei 17 Prozent.

<sup>25</sup> *Graw, Ansgar*: Eine Reise ins Herz der CDU, in: Welt am Sonntag vom 15. Februar 2009.

<sup>26</sup> Fehlende Visionen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. März 2008.

<sup>27</sup> *Peter, Joachim / Jungholt, Thorsten*: Auch die FDP soll jetzt sozialer werden, in: Die Welt vom 13. Mai 2008.

<sup>28</sup> Liberale fordern schärfere Haftungsregeln für Banker, in: Frankfurter Allgemeine vom 11. November 2008.

<sup>29</sup> Allerdings streiten FDP-Politiker zwischen zwei Reformmodellen: Der Wirtschaftsexperte Rainer Brüderle will eine Flat-Tax mit einheitlichem Steuersatz, wie sie einst Paul Kirchhof der Union zu vermitteln suchte; der Finanzexperte Otto Solms plant Stufentarife in Höhe von 10, 25 und 35 Prozent.

<sup>30</sup> Kritik am Konjunkturpaket, in: Handelsblatt vom 14. Januar 2009.

<sup>31</sup> *Siems, Dorothea*: Ein Instrument der sozialistischen Planwirtschaft, in: Die Welt vom 7. März 2009.

<sup>32</sup> *Blechs Schmidt, Peter*: Liebesschwüre nach zwei Seiten, in: Süddeutsche Zeitung vom 7. März 2009.

<sup>33</sup> Interview mit Guido Westerwelle, in: Deutschlandfunk vom 7. März 2009 (dokumentiert in: fdk, freie demokratische Korrespondenz vom 7. März 2009).

<sup>34</sup> Der SPD-Chef forderte darin „Elemente eines vorsorgenden Sozialstaates, der am Leistungsprinzip orientiert ist und der sozialen Zusammenhalt stiften kann“. Vgl. *Beck, Kurt*: Leistung muss sich wieder lohnen, in: Welt am Sonntag vom 20. August 2006.

<sup>35</sup> *Jörges, Hans-Ulrich / Hoidn-Borchers, Andreas*: 35 Prozent plus ein dickes X (Interview mit Kurt Beck), in: Stern vom 31. August 2006.

<sup>36</sup> *Sturm, Daniel Friedrich*: Wohin geht die SPD?, München 2009, S. 300.

<sup>37</sup> Ebd., S. 301 f.

<sup>38</sup> Die CDU stürzte auf 36,8 Prozent ab (2003: 48,8), die SPD stieg auf 36,7 Prozent (29,1).

<sup>39</sup> Im Frühjahr 2008 musste jedem SPD-Beobachter klar sein, dass Steinmeier Kanzlerkandidat würde, wenn er nur wollte. Im Juni 2008 bestand praktisch kein Zweifel mehr an seiner Kandidatur. Vgl. *Graw, Ansgar*: Mit Baseball und Obama. K-Frage prägt die US-Visite von Außenminister Steinmeier, in: Die Welt vom 14. April 2008. *Ders.*: Superman wider Willen, in: Welt am Sonntag vom 15. Juni 2008.

<sup>40</sup> Nach dieser Umfrage kämen Union (32 Prozent) plus FDP (17 Prozent) aber weiterhin auf eine Mehrheit. Vgl. Immer mehr Bürger mit Kanzlerin unzufrieden, in: Die Welt vom 6. März 2009. Im nahezu zeitgleichen ZDF-„Politbarometer“ verlor die SPD einen Punkt und kam auf 24 Prozent. Auch nach dieser Umfrage würde es für Schwarz-Gelb reichen.

<sup>41</sup> *Lutz, Martin*: Rückkehr der Schröderianer, in: Die Welt vom 12. September 2008.

<sup>42</sup> *Graw, Ansgar*: Reise ins Herz der CDU.

<sup>43</sup> Ebd.

<sup>44</sup> *Graw, Ansgar*: Paul Kirchhof unter „friendly fire“, in: Die Welt vom 29. August 2005.

<sup>45</sup> *Breuer, Helmut / Graw, Ansgar*: Rüttgers widerspricht Koch: Nicht nur Freiheit ist Kern des CDU-Programms, in: Die Welt vom 6. 12. 2005.

<sup>46</sup> *Schmid, Thomas*: Die CDU ohne Profil, in: Die Welt vom 4. Februar 2009.

<sup>47</sup> *Schmiese, Wulf*: Was fehlt: die Erklärkanzlerin, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. 2. 2009.

<sup>48</sup> Dass eine Mehrzahl der Bürger Merkels Rüge für den Papst begrüßte, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Reaktion unter Unionswählern eine andere ist. Viele CDU- und CSU-Abgeordnete können von erbosten Briefen, Anrufen und E-Mails sowie Austritten berichten.

<sup>49</sup> So wollte man in Leipzig die Steuerlast mittels der „Bierdeckelreform“ senken – gleichzeitig wäre aber wegen der „Kopfpauschale“ ein wesentlich größerer Steuerbedarf für das Gesundheitswesen entstanden.

<sup>50</sup> In der Union wächst die Kritik an der Vorsitzenden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. März 2009. Stillos von Oettinger war es, Merkel indirekt zur „Kanzlerkandidatin“ zu degradieren. Sie ist vielmehr Kanzlerin und die Union müsste mit dem Gewicht ihres Amtes im Wahlkampf zu punkten versuchen.